

# Arbeiterblatt

der  
PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 109

Juni 1957

## Das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl und deren politische Bedeutung

Die Wahl des Schwindelsozialisten Schärff zum Bundespräsidenten liegt im taktischen Interesse des Kampfes zum Sturz der Bourgeoisie und Aufrichtung der Arbeitermacht. Verhindern, daß die Machtstellung des Bundespräsidenten in Besitz der ÖVP gelangt, das war das bestimmende Interesse vom Standpunkt der Arbeiterklasse bei der Wahl am 5. Mai 57.

Diese Stärkung des Klassengegners, insbesondere der Rechtsbourgeoisie auf die billigere Art einer Wahl ist mittels des Stimmzettels vereitelt worden. Es ist das aber keine Niederlage der Kapitalisten als Klasse. Aber auch kein Sieg der Arbeiterklasse, wie SPÖ und Stalinpartei bewußt den Massen vor-schwindeln. Es ist ein vorübergehender "Sieg" des kleineren Übels, ein parlamentarischer Erfolg der immer mehr und mehr nach dem kapitalistischen Futtertrog, nach hoch-bezahlten Posten in der kapitalistischen Wirtschaft und im kapitalistischen Staat strebenden SPÖ und Gewerkschaftsbürokratie.

Die Erklärung Schärffs nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten ist ein offenes Bekenntnis zum Kapitalismus, für den Profit, für den kapitalistischen Staat, für den bewaffneten Schutz der kapitalistischen Profitordnung. Für die Kapitalistenklasse, einschließlich der Rechtsbourgeoisie, ist Schärff ein sehr verläßlicher Bundespräsident! Die Präsidentenwahl war ein mit parlamentarischen Mitteln geführter Kampf zwischen der Rechtsbourgeoisie (Monopolkapitalisten) und der ihrer Politik nach linksbürgerlichen SPÖ

und Gewerkschaftsbürokratie. Politisch ausgedrückt, hat die Linksbourgeoisie gegen die Rechtsbourgeoisie "gesiegt".

Die Rechtsbourgeoisie wird die offene kapitalistische Diktatur konsequent weiter und immer energischer anstreben, aber sie wird darum kämpfen, das "Hindernis" Schärff und seine Partei im offenen Kampf beseitigen müssen.

Im Besitze und unter Mißbrauch der Macht des Bundespräsidenten wäre das Aufrichten der offenen kapitalistischen Diktatur viel leichter und mit weniger Risiko möglich gewesen.

Am Grundübel hat die Präsidentenwahl gar nichts geändert und es wird mit Schärff als Präsident nicht kleiner. Gegen die unvermeidlichen Anschläge der Rechtsbourgeoisie wird Schärff und seine Partei keinesfalls einen ernsten und wirksamen Kampf führen, denn das würde notwendig machen, die Arbeiter, die Massen zu mobilisieren und diese fürchten die Schärff & Co. mehr als die Bourgeoisie! Die Helden des "Sieges" fühlen sich schon heute nicht wohl in ihrer Siegerstellung, denn sie fühlen nur zu sehr, daß die reale Macht bei den Kapitalisten, bei der ÖVP liegt, sie fühlen nur zu deutlich ihre Ohnmacht. Diese ihre tragikomische Rolle wird, je länger desto offener sichtbar werden. Zwischen den zwei Mühlsteinen, der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse stehend, werden sie bei der äußersten Zuspitzung und Austragung des Klassengegengesatzes zerrieben werden. Die Dynamik der Per-

spektive, unter den Bedingungen, wie sie der Ausgang der Präsidentschaftswahl geschaffen hat, beinhaltet Zeitgewinn und die Möglichkeit für die Arbeiterklasse, die Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur zu verhindern. Dazu ist aber die derzeit noch gegebene Bewegungsfreiheit für den Abwehrkampf eine unerläßliche Voraussetzung!

Bundespräsident Schärp ist das kleinere Übel, Denk wäre das größere gewesen. Die Arbeiter, vor die Wahl gestellt, sich für eines davon zu entscheiden, (und es gab in der Situation keine dritte Möglichkeit) entschieden richtig für das kleinere Übel, wor die Fesseln noch eine gewisse Bewegungsfreiheit ermöglichen. Denn durch jahrzehntelangen Verrat von SP und Stalinpartei ist das Proletariat politisch so sehr geschwächt, daß es derzeit nicht fähig ist, beide Übel gleichzeitig zu beseitigen! Es gab daher für uns Arbeiter am 5 Mai nur zwei Möglichkeiten, zu entscheiden:

1. den SPÖ-Kandidaten wählen, das bedeutete, das kleinere Übel in Kauf nehmen oder
2. ungültig wählen, das aber bedeutete in der Tat (dem Ergebnis nach) für den ÖVP-Kandidaten stimmen!

Nehmen wir an, rund 100.000 Arbeiter hätten ungültig gestimmt. Damit wäre die ÖVP vollkommen legal und objektiv mit Hilfe dieser 100.000 Arbeiterstimmen in den Besitz der Machtstellung des Bundespräsidenten gelangt! Ist aber die Arbeiterklasse derzeit stark genug, um die Folgen, wie sie ein ÖVP-Präsident heraufbeschwören könnte, durch entsprechend wirksamen Kampf zu verhindern? In Anbetracht des legalen Scheins, den der Mißbrauch der Machtbefugnisse des Präsidenten durch die ÖVP gehabt hätte, das tiefe politische Bewußtsein der Arbeiterklasse, die jahrelange Erziehung der Arbeiter zur Passivität und das Fehlen einer richtigen und Einfluß besitzenden Klassenführung, zusammen mit der praktischen Erfahrung des Arbeiterkampfes der letzten Jahre, kann die Frage nur mit nein beantwortet werden! Damit ergab sich zwingend die Notwendigkeit der Entscheidung für das kleinere Übel Schärp.

Der Gegensatz zwischen ÖVP und SPÖ hat derzeit große Bedeutung für die Arbeiterklasse und ihren Kampf zur Abwehr der äußerst ernstesten Bedrohung durch den Klassengegner. Dies aus der Tatsache heraus, weil die verräterische SPÖ der politischen Repräsentant der Arbeiterklasse ist und diese für die nächste Zukunft an das Schicksal dieser Verratspartei gefesselt ist. Das heißt, daß die Schläge, die diese Partei vom Klassengegner treffen, vervielfacht unvermeidlich auch uns, die Arbeiterklasse treffen! Nur insoweit "schützen" wir diese Verräter vor dem Zugriff des Klassenfeindes, weil das gegenwärtig in unserem ureigenen Interesse liegt.

Was ist praktisch die Hauptdifferenz zwischen der SPÖ und der ÖVP? Nun, die ÖVP will mit der Koalition Schluß machen. Und zwar aus der Erkenntnis heraus, daß sie die Klassenprobleme der nächsten und weiteren Zukunft in der Koalition mit der SPÖ nicht meistern kann. Die Rechtsbourgeoisie, der klassenbewußteste, weitestblickende Teil der Bourgeoisie will zur offenen kapitalistischen Diktatur übergehen, sie will rechtzeitig vorbauen, sie will auf Nummer sicher gehen. 12 Jahre Koalition haben die Bourgeoisie so gestärkt, daß sie das wagen kann.

Für die SPÖ ist aber die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie eine Frage von Leben und Tod. Die Position, die sie vor 1934 über eineinhalb Jahrzehnte eingenommen hatte, ist bei der heutigen Lage, auf längere Sicht gesehen, praktisch unmöglich, weil der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse zu nahe dem Höchstpunkt, also vor der Austragung steht.

Die Differenz zwischen SPÖ und ÖVP ist die, daß die Bourgeoisie ihrem Lakai den Fußtritt geben will und der wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, weil er weiß, daß das sein Untergang ist. Hätte also die ÖVP die Machtbefugnisse des Bundespräsidenten: das Parlament aufzulösen, Regierungen ab- und einzusetzen, den Oberbefehl über das Bundesheer, - in ihre Verfügungsgewalt bekommen, dann hätte sofort ein

scharfer Rechtskurs ihrer Innenpolitik eingesetzt. Raab, Graf & Co hätten ausgiebigst von den Machtbefugnissen des Präsidenten Gebrauch gemacht, um ihre Diktaturpläne zu verwirklichen. Das zu verhindern, war der bestimmende Gesichtspunkt bei der Präsidentenwahl. Das kleinere Übel Schärf war der Preis dafür, der in der gegebenen Situation gezahlt werden mußte, um das größere Übel vorläufig zu verhindern.

Unversöhnlicher Kampf gegen den Hauptfeind, die Kapitalistenklasse, bis zu ihrem Sturz und Aufrichtung der Macht der Arbeiterklasse im Bunde mit den armen ausgebeuteten Massen des Kleinbürgertums in Stadt und Land! Gleichzeitig aber auch unversöhnlicher Kampf gegen die SPÖ und die revolutionsverräterische Stalinpartei, aber in Unter- und Einordnung des Kampfes gegen den Hauptfeind! Praktisch bedeutet das, den Kampf gegen SP und Stalinpartei so zu führen, daß dabei die Arbeiterklasse der Gewinner wird und nicht der Hauptfeind. Das führt in bestimmten Situationen dazu, daß wir die SPÖ in ihrem Abwehrkampf gegen unseren Hauptfeind "unterstützen". Das wird immer dann notwendig sein, wenn doppelt ernste Gefahr von Seiten unseres Hauptfeindes droht. Soweit die Arbeiterklasse nicht auch selbst bedroht ist, werden wir keinen Finger zum Schutze der Schärf & Co, oder der Koplenig & Co rühren. Dieses Unterstützen bedeutet jedoch keinesfalls, daß wir jeglichen Kampf gegen SPÖ und Stalinpartei einstellen. Im Falle der Präsidentenwahl berücksichtigtem wir eben die unmittelbare Gefahr, die von Seiten des Hauptfeindes aus der Arbeiterklasse drohte. Es bestand also praktisch ein gemeinsames vorübergehendes Interesse zwischen der Arbeiterklasse und ihrer verräterischen Führung und das rechtfertigte bei der Wahl die Aktionsgemeinschaft mit der SPÖ-Führung gegen unseren Hauptfeind, die Bourgeoisie!

Am Beispiel der Präsidentenwahl allein nur ist schon ersichtlich, wie kompliziert in der Praxis

der Klassenkampf der Arbeiter ist. Die weitere Entwicklung führt unvermeidlich zur Steigerung des Klassenkampfes, die schwersten Anforderungen werden an die Arbeiterklasse gestellt werden, ein Ausweichen ist ausgeschlossen. In ihrer heutigen Verfassung ist die Arbeiterschaft den kommenden Anforderungen nicht gewachsen. Gelingt es nicht, die Hauptschwäche zu überwinden, dann sind schwerste Niederlagen unvermeidlich!

Die größte Schwäche der Arbeiterklasse ist, daß sie keine ehrliche Klassenführung hat. Die proletarischdemokratische Arbeiterpartei aufbauen, gegen eine neuerliche Entartung auf Grundlage aller bisherigen Erfahrungen sichern, das ist die wichtigste Aufgabe, die geleistet werden muß, wenn es mit der Arbeiterklasse wieder aufwärts gehen soll. Jeder Arbeiter, der den Klassenverrat der SPÖ und Stalinpartei erkannt hat, ist vom Standpunkt seiner Klasse aus verpflichtet, an dieser vordringlichsten Aufgabe mitzuwirken!

23.5.1957

F.

\*\*\*\*\*

### Jordanien

Das Abflauen der Hochkonjunktur, besonders in den USA, bringt den heißen Weltkrieg näher. Durch siegreiches Zuendeführen des noch nicht beendigten 2. imperialistischen Weltkriegs will die Weltbourgeoisie für längere Zeit den möglichst ungestörten Fortgang ihrer Profitproduktion sichern. Die neuen großen Absatz- und Kapitalanlagemärkte, die sie dafür braucht, sollen durch Unterwerfung der Millionenmassen der SU und der "Volksdemokratien" (Mac-China) inbegriffen) geschaffen werden.

Ihr egoistisches Selbstbehauptungsinteresse zwingt die Stalinbürokratie, den entarteten Arbeiterstaat, die SU, und die mit ihm verbündeten entarteten kapi-

talistischen Staaten (die "Volksdemokratien") gegen die Weltbourgeoisie, die Weltimperialisten zu verteidigen. Sie tut das mit unzulänglicher, ja verräterischer Politik, die die internationale proletarische Revolution preisgibt. Um ihre eigene Lage gegenüber der Weltbourgeoisie, den Weltimperialisten zu bessern, betreibt die Stalinbürokratie ein systematisches Ausschmarotzen der kolonialen Revolution. So auch in Jordanien.

Was sich dort abspielt, ist ein Teil des Vorspiels zum Schlußakt des 2. imperialistischen Weltkriegs. Die Eisenhower-Doktrin soll der Stalinbürokratie das Ausschmarotzen der kolonialrevolutionären Anstrengungen der arabischen Massen erschweren, soll es den USA-Imperialisten möglichst erleichtern, im geeigneten Moment einen Vorwand zum Losschlagen zu haben. Da die Stalinbürokratie sich hütet, den Imperialisten einen Vorwand zu liefern, läßt sie die jordanischen Massen im Stich. Dank des entschlossenen Eingreifens der USA-Imperialisten konnten die arabischen Großgrundbesitzer die national-, kolonialrevolutionären Regungen vorderhand unterdrücken. Die ausgebeuteten Volksmassen Jordaniens müssen den stalinbürokratischen Verrat teuer bezahlen.

Die Vorgänge in Jordanien beweisen wieder einmal, daß die Stalinbürokratie, samt ihren schwindelkommunistischen Verratsparteien, nie und nimmer für das konsequente Zuendeführen der Kolonialrevolution zu haben sind. Das würde die ganze Macht, die Schmarotzexistenz, die sie durch jahrzehntelangen schwersten Verrat an der internationalen proletarischen Revolution aufgebaut hat, umstoßen. Die national-, kolonialrevolutionären Anstrengungen der Massen facht sie nur an, um sie an die Weltbourgeoisie zu verschachern, oder um die "volksdemokratische" Schwindelrevolution durchzuführen (siehe Vietnam und Mao-China).

Zum konsequenten Zuendeführen der Kolonialrevolution, zum Überleiten in die internationale proletarische Revolution, braucht es

eine Führung, die den Kampf der Weltarbeiterklasse, der Weltmassen mit richtiger Strategie und Taktik leitet. Eine Strategie und Taktik, die zum Sieg der Weltmassen über die imperialistischen Räuber und - in Unterordnung darunter - zum Sturz der stalinbürokratischen Revolutionsverräter, zur tiefgreifenden proletarischdemokratischen Reform der SU und der "Volksdemokratien" führt. Eine Strategie und Taktik, die dadurch allein die imperialistische Kriegsgefahr, den imperialistischen Raubkrieg wirksam bekämpft.

Nur eine proletarische Klassenpartei, die verstärkte Garantien gegen die Gefahr des Verbürokratisierens von Partei, Massenorganisationen, Staat und Wirtschaft schafft, kann diese Strategie und Taktik durchführen. Nur die proletarischdemokratische Arbeiterpartei kann das leisten!

PROLETARISCHDEMOKRATISCHE  
ARBEITERPARTEI

\*\*\*\*\*

Zur USA-Konjunktur

Zur Verlängerung der Hochkonjunktur griff die USA-Bourgeoisie in den letzten Jahren zu einer Investitionskonjunktur. Die Wirtschaftskrise hat sie damit hinausgeschoben, den kapitalistischen Grundwiderspruch zwischen Produktivkräften und Kaufkraft aber damit nicht überwunden, sondern verbreitert, vertieft. Die Produktion ist gewaltig gewachsen, die Kaufkraft der amerikanischen Massen relativ immer mehr dahinter zurückgeblieben (62% der neuen Autos werden auf Raten gekauft!). Dieser Prozeß geht weiter, hier einige Resultate:

Eine Recession im Wohnbau. Die Zahl der in Angriff genommenen Wohnungen fiel im April 1957 auf den tiefsten Punkt seit 1949. (In dem Jahr gab es auch eine Recession, deren Ausweitung zur Wirtschaftskrise die USA-Imperialisten mit dem Koreakrieg verhin-

derthen).-

Das Straßenbauprogramm, ein wesentlicher Teil der Investitionskonjunktur, läuft heuer langsamer. Ein führendes kapitalistisches Unternehmen, das Straßenbaumaschinen liefert, hat schon 2000 Arbeiter im April entlassen, entläßt weitere 1100.

Die Produktion von Haushaltsmaschinen (Kühlschränke usw) wird eingeschränkt.

In der Autoindustrie ist der für den Frühling erwartete Aufschwung ausgeblieben. Im Gegenteil: Im April wurden 5% weniger Autos als im März verkauft. Die Autofabriken schätzen, daß sie auch heuer nur ca 5.9 Mill. Autos statt der geplanten 6.5 Mill. verkaufen werden.-

Diese Rückschläge wirken sich auch auf andere Industriezweige aus, vor allem auf die Stahlindustrie, deren Kapazitätsausnutzung im April vom 92% auf 88.7%, in der ersten Maiwoche auf 87% gesunken ist. Hochöfen werden stillgelegt, Arbeiter entlassen, da es an Aufträgen mangelt. Die Bourgeoisie rechnet mit einem weiteren Produktionsrückgang. Erst im Herbst erwartet sie einen neuen Aufschwung...

Die Investitionsrate im ersten Vierteljahr 1957 ist im Vergleich zum Jahr 1956 um 5 1/2% (4 Md D) gesunken. Der industrielle Produktionsapparat wird im Durchschnitt nur zu 83 - 86% ausgenutzt...

Die USA-Kapitalisten wollen die wachsenden Absatzschwierigkeiten vorderhand durch verschiedene Manipulationen, zB eine große Reklame- und Verkaufskampagne überwinden. Zugleich aber treiben sie das kapitalistische Steigern der Produktivität - durch Einführen verbesserter Maschinen, Verbesserungen im Produktions- und Zirkulationsprozeß - immer weiter, senken daher relativ die Löhne, also die Kaufkraft der amerikanischen Massen immer mehr.

Die USA-Bourgeoisie weiß, daß solche Manipulationen, eine solche Kampagne, zu keiner Überwindung des kapitalistischen Grundwiderspruchs, nur auf längere Zeit, führen, führen können. Diese Überwindung erhoffen die USA-Imperialisten von der Kriegskonjunktur, dem heißen Weltkrieg: 59% des riesigen USA-Budgets

(ein Rekordbudget für "Friedenszeiten") ist für die "nationale Sicherheit", d.h. für Kriegsvorbereitungen bestimmt...

R.

+++++

ARBEITERKORRESPONDENZ : 5 -

Wahlpropaganda

Am Montag den 22.4.57 besuchte Vizekanzler Schärf die Hauptwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe, gelotst von den Gewerkschaftsbürokraten Pölzer, Hamusch, Thot und den Betriebsräten Putzger, Dunkel, und den ganzen Unternehmern. Gesprochen hat Schärf mit lauter verlässlichen Genossen (Statisten). Nach Besichtigung des Wagenbaues usw begab sich die ganze Clique in die Abt. Wienzeile und den Arbeitern wurde zu diesem Zweck freigegeben. Schärf hielt mit sehr leutseligen Worten eine kleine Ansprache. "Wenn man so durch die Betriebe geht, dann sieht man erst, was die Arbeiter und Angestellten leisten und wie vielfältig und wie schwer gearbeitet werden muß. Es war mir leider bisher nicht möglich, in all diese Dinge Einblick zu bekommen, erst jetzt habe ich Gelegenheit dazu (lies: Interesse)-Gimpelfang). Nach all dem Gesehenen kann ich nur meine Anerkennung aussprechen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit eine kleine Episode einflechten: Als ich eines Tages meiner Frau von meinen Beobachtungen erzählte, sagte sie zu mir: 'Siehst du, was die Arbeiter und Angestellten alles können und du bist zu dumm, einen Nagel in die Wand zu schlagen'. (Ist das nicht rührend?) Wenn das Frau Schärf tatsächlich gesagt hat, so war es ihr im selben Augenblick klar, daß es ihr Gemahl ja gar nicht nötig hat, einen Nagel einzuschlagen. Dafür sitzen jene Nägel, die Herr Schärf den Arbeitern und Angestellten durch seine Verratspolitik in den Kopf und Rücken schlägt, umso besser, denn die bringen ihm obendrein fetten Judas-

lohn ein.

### Rote Pfaffen

Die aufsteigende Sozialdemokratie führte nicht nur einen ökonomischen und politischen Kampf gegen die Kapitalistenklasse, nein, auch an der Front des ideellen Kampfes um eine Weltanschauung hat sie die Arbeiterklasse geführt. Die alte, ehrliche Sozialdemokratie handelte so.

Das aber hat sich geändert. Schon lange suchte die SPÖ eine Annäherung an die Kirche, sie schickte zu verschiedenen Veranstaltungen der Kirche ihre Repräsentanten, und die Gewerkschaftsbürokratie führte die Arbeiter in das Pontifikalamt in den Stephansdom. Sie ließ katholische Schriftsteller ihre Auffassungen in dem politischen Organ "Die Zukunft" schreiben, und den Höhepunkt erreichte diese Anbiederung der SPÖ an die Pfaffen in der Rede Pittermanns vor dem Rathaus, anlässlich der Siegesfeier zur Wahl Schärf's zum Bundespräsidenten. Er sagte dort: "...Wir sehen im besonderen im Verhältnis zur Kirche in dem durch den sozialen Hirtenbrief eingeschlagenen Weg einen begrüßenswerten Anfang zur Beseitigung jahrzehntelanger Mißverständnisse. Wir sehen darin einen Weg zur Verständigung und zum besseren Verständnis" (AZ 9.5.57).

Also war ~~das~~ der Kampf, den die alte SP geführt hatte, nur ein "Mißverständnis" und die mächtige Freidenkerbewegung zwischen den zwei Kriegen war nichts anderes. Das ist offener Verrat auch auf der ideellen Front. Die SPÖ ist eine bürgerliche Partei geworden, sie verkauft die Arbeiter an die Bourgeoisie. Ihre Reden und ihr Handeln beweisen das.